

# Alte und neue Moralvorstellungen

## Wandlungsprozesse in Westdeutschland

geschrieben von Jutta Braun

In meiner Schulzeit – es waren die 1980er Jahre auf einem Kleinstadt-Gymnasium in NRW – gab es sehr unterschiedliche Signale hinsichtlich der Existenz eines zweiten deutschen Staates: Auf der einen Seite absolvierten wir die obligatorische Klassenfahrt nach West-Berlin, ein Anschauungsunterricht par excellence hinsichtlich Mauer und Stacheldraht. Gleichzeitig erfuhr man in Sozialkunde, dass die Teilung die gerechte Strafe für die Verbrechen der Deutschen in NS-Zeit und Weltkrieg sei. Dass es faktisch allein die Ostdeutschen waren, die diese »Strafe« mit der Erduldung einer Diktatur absitzen mussten, kam vielen der Lehrerinnen und Lehrer nicht in den Sinn.

Die – wie der Freiburger Historiker Ulrich Herbert es nannte – »Wandlungsprozesse in Westdeutschland« seit 1945 waren vielfältiger Natur gewesen. Es war ein Trend hin zu Liberalisierung und Pluralisierung, zu Konsum und damit einhergehend: einer wachsenden Weltoffenheit. Arbeitsmigration in die Bundesrepublik ebenso wie boomender Tourismus vernetzten die Westdeutschen mit der Welt. Familienmodelle öffneten sich, hin zu Partnerschaft ohne Trauschein und Alleinerziehung: »Ein ehrenwertes Haus« – der Evergreen von Udo Jürgens aus dem Jahr 1974 – fand das Nebeneinander von alten und neuen Moralvorstellungen kongenial ein. Es war auch die Geschichte einer »Ent-Gewaltlichung« der Gesellschaft: Züchtigungen in Gefängnissen wurden ebenso geächtet wie Prügel in Familie und Schule, auch wenn manch Klassenkamerad meines Jahrgangs (1967) sich noch an Backpfeifen aus Lehrerhand erinnern kann. Freiheit war etwas, mit dem die Boomer und ihre Nachfolger ganz selbstverständlich aufwuchsen: Vereinigungs-, Meinungs-, Versammlungsfreiheit waren selbstverständlich wahrgenommene Grundrechte. Es war die Zeit des Wohlstands und einer ebenso selbstverständlichen Demokratie, die man bereits als Schülersprecherin ausprobierte und deren basisdemokratischen Anspruch man in den 1980er Jahren zunehmend auch gegen den Staat in Stellung brachte, wie die Proteste gegen die Volkszählung zeigen oder der Anspruch, eine Energie- und Umweltpolitik, die viele für falsch hielten, mit Mitteln des Protests und zivilen Widerstands aufhalten zu dürfen.

Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes war ein zentraler Wert des deutschen Parlaments – im Alltag, da gilt es ehrlich zu sein, interessierte es so gut wie niemanden mehr, allenfalls diejenigen, die (wie wir) Verwandte in der DDR hatten. Doch auch wir rechneten nicht mit dem Fall der Mauer. Der zweite Teil Deutschlands geriet zusehends aus dem Blick. Die »fernen Nachbarn«, so wurden die Ostdeutschen vom aus Potsdam stammenden Regierungssprecher Klaus Bölling in der Ära Helmut Schmidt genannt. Kein bundesdeutscher Lehrer deutete an der Kartenwand mit dem Zeigestock auf Leipzig und Dresden – anders als es die SED-Propaganda jahrzehntelang behauptete, waren weder Politik noch Gesellschaft der Bundesrepublik revisionistisch. Eher vergesslich. Der Wert der »Nation« war einem, wie Jürgen Habermas hervorhob, »Verfassungspatriotismus« gewichen.

Die Bundesrepublik war mit sich selbst beschäftigt, und es ging ihr ja auch gut.

Denn ein zunehmend an Bedeutung gewinnender Wert war, wie der Marburger Historiker Eckart Conze analysiert hat, die »Sicherheit«. Sie war Markenkern des bundesdeutschen Sozialstaats – durch Rentenreform und Sozialgesetzgebung wurde das Wirtschaftswunder sozial abgefedert und ein Vertrauen in die soziale Tragfähigkeit der Demokratie stetig fundiert. Vermutlich ist den Wenigsten bewusst, wie sehr gerade die Stabilität der sozialen Sicherheit der Verwurzelung demokratischer Haltung förderlich war. Das Wettrüsten des Kalten Krieges rückte in den 1980er Jahren den Wert des »Friedens« in den Fokus, Ostermarschierer (West) und »Schwerter zu Pflugscharen«-Aktivisten (Ost) trieb die gleiche Sorge um. Bezeichnenderweise entstanden innerhalb dieser Kreise Kontakte, die nun auch den Abgrund der Menschenrechtsverletzungen in der DDR lauter thematisierten.

Als die Erosion des SED-Regimes unübersehbar war und Demonstrantinnen und Demonstranten mit Kerzen und dem Ruf nach Freiheit durch die Straßen der DDR zogen, beobachteten die Bundesdeutschen das mit Empathie, denn es waren Formen, die ihnen geläufig waren: Gewaltlosigkeit des Protests, Einforderung von Bürgerrechten. Als verzweifelte Flüchtende ihre Kleinkinder über den Zaun der Prager Botschaft hoben, erst dann mag manchem in der Bundesrepublik mit voller Wucht deutlich geworden sein, dass sich zwar die Protestformen in Ost und West glichen, dass die Menschen in der DDR jedoch gegen eine ganz anders dimensionierte Bedrückung ankämpften: Diktatur und Überwachungsstaat, Eingesperrtsein und Erniedrigung. Die Aufdeckung des Wahlbetrugs in der DDR 1989 hatte zuletzt vor Augen geführt, wie stark die »Demokratie« in der »Deutschen Demokratischen Republik« reine Camouflage war. Ehrlichkeit ist ein Wert, auf den sich Menschen in Ost und West als erstrebenswert verständigen können. Natürlich gab es auch in der Bundesrepublik die Lüge, gab es hinterzogene Steuern, betrogene Ehepartner und gefälschte Atteste. Doch die »Dauerschizophrenie« (Christa Wolf), in der die DDR-Bürgerinnen und -bürger tagtäglich zwischen Ideologie und Realität hatten leben müssen, kam nun an ihr Ende. So fand auch die Bielefelder Historikerin Christina Morina in ihrem Vergleich zwischen Demokratievorstellungen in Ost und West heraus, dass die Bundesrepublik in den Osten überwiegend wegen ihrer Rechtsstaatlichkeit geleuchtet hatte.

Im Zuge der Einheit gewann unversehens jedoch noch ein weiterer Wert an Relevanz, der im Rückblick fast in Vergessenheit geraten ist: Denn die Analyse der Fehler der Treuhand und die pauschale Diffamierung von westlichen »Aufbauhelfern« als karrieregeile Abzocker haben völlig den Blick verstellt auf das, was in den ersten Stunden, Tagen, Monaten und noch Jahren in der Zivilgesellschaft regierte: spontane Kontakte zwischen West und Ost, private Einladungen; Sportler und Ehrenämter, die Satzungen als Blaupausen mitbrachten, als sich seit Februar 1990 erstmals wieder ein bürgerliches, freies Vereinswesen in der DDR konstituieren durfte, unzählige Spenden von Privatleuten, um Altersheime oder Kirchen zu sanieren, kurz: zivile, bürgerschaftliche Initiative. Manches verflieg nach der Euphorie des Moments, vieles mündete allerdings in bis heute währende Freundschaften. Es war ein Wert, mit dem keiner gerechnet hatte, der jedoch in der Nacht des Mauerfalls plötzlich in der Tür stand: Solidarität. Die Erinnerung hieran erscheint heute wichtiger denn je.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 10/2025](#).